

(Minister Toscani)

Bundeswehreinsatz ist ein zutiefst humanitärer Einsatz. Unsere Soldatinnen und Soldaten helfen, dass die Menschenrechte in Afghanistan durchgesetzt werden!

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag 14/380 - neu - und dann, wie beantragt namentlich, über den Antrag 14/381. Wer für den Antrag Drucksache 14/380 - neu - ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/380 - neu - bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen und der SPD-Landtagsfraktion sowie bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 14/381. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Nach § 69 Abs. 2 des Landtagsgesetzes ist auf Antrag einer Fraktion namentlich abzustimmen. Daher darf ich die Schriftführerin, Frau Astrid Schramm, bitten, die Namen der Abgeordneten einzeln aufzuzuführen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ich darf fragen, ob ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden ist. Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Stimmabgabe und bitte die Schriftführerinnen, mir das Abstimmungsergebnis zu übermitteln.

(Die Schriftführerinnen zählen die Stimmen aus.)

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es sind 43 Stimmen abgegeben worden, davon 31 Nein-Stimmen und 11 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. Damit ist der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion, der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Die Großregion muss an Fahrt gewinnen! (Drucksache 14/378 - neu)

Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion und der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/378 - neu - erteile ich Herrn Abgeordneten Eugen Roth das Wort.

Abg. Roth (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Am kommenden Montag, dem 24. Januar, findet der mittlerweile 12. Gipfel der Regierungschefs der Großregion statt. Ich möchte vor diesem Hintergrund und anlässlich des gemeinsamen Antrages, des Antrages, dem die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beigetreten sind, mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, aus der gemeinsamen Erklärung des 1. Gipfels, der am 20. September 1995 in Bad Mondorf in Luxemburg stattgefunden hat, zitieren: „Die europäische Idee gewinnt an Realität. Greifbarer als je zuvor ist heute die Chance, eine immer engere Union der Völker Europas zu verwirklichen. Im Rahmen dieses Integrationsprozesses kommt den Gebieten an den Binnengrenzen eine besondere Rolle zu: Gerade hier wächst Europa zusammen.“

Wir müssen aktuell leider feststellen, dass eine gewisse Euro-Skepsis, dass eine Europa-Skepsis in den Debatten die Oberhand gewinnt. Es wird in der Öffentlichkeit, an den Tischen und Stammtischen, mehr darüber philosophiert, dass man doch nicht für die Griechen und andere zahlen wolle. Es wird darüber gestritten und diskutiert, ob der Euro instabil sei. Bestimmte Kapitalvertreter haben ihre Sendboten ausgeschickt, die sogar schon den Euro ablösen wollten. Es wurde diskutiert, ob die D-Mark wieder eingeführt werden sollte, ob wir einen „Euro Süd“ und einen „Euro Nord“ schaffen sollten. Auch ein gewisser Herr Henkel taucht dann immer wieder, in nach meiner Ansicht unsäglicher Art und Weise, plötzlich wie Phönix aus der Asche auf. Alle diese Überlegungen bringen natürlich auch in unserer Region die Entwicklung der gemeinsamen Identität nicht voran, sondern belasten sie eher.

In allen diesen Debatten, die sehr auf Gewinnorientierung angelegt sind, die sehr monetär und finanziell strukturiert sind, geht ein Sachverhalt völlig unter: Wir haben eben, in anderem Zusammenhang, breit über die Thematik diskutiert, dass sowohl Europa insgesamt als auch unsere Region im Besonderen im Grunde das größte Friedensprojekt darstellen, das die Geschichte kennt. Es ist noch nicht allzu lange her, dass die Waffen gesprochen haben. Das ist heute ad acta gelegt. Es wird zusammengearbeitet. Es wird zum Wohle der Menschen, die hier in auf vier Nationalstaaten verteilten Teilregionen leben, koordiniert. Es werden Abstimmungen getroffen. Das ist gut so. Das ist ein gewaltiger Fortschritt, gerade auch im Sinne des „Friedensprojektes Europa“.

Die Stabilität des Euro ist ein Aspekt, auf den wir hier nicht relevant lenkend einwirken können. Die Stabilität des Euro ist allerdings durchaus ein

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Abg. Roth (SPD))

Aspekt, der auch uns umtreiben muss, denn sie betrifft auch uns, unsere Unternehmen und unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb ist es richtig, alles für die Stabilisierung des Euro zu tun. Diejenigen, die versuchen, den Euro zu destabilisieren, die darauf wetten wollen, dass der Euro in die Knie geht, sind in meinen Augen Finanzkriminelle. Dagegen muss die Europäische Gemeinschaft, dagegen muss aber auch unsere hiesige Gemeinschaft, gewissermaßen im „Testlabor“ Europas, geschlossen antreten.

Ein Problem haben wir mit der Identität in dieser Großregion. Ich kann, trotz allem Engagement, trotz des, wie ich meine, großen Engagements, nicht feststellen, dass sich in dieser Großregion bis dato eine gemeinsame Identität entwickelt hat. Spricht man über Europa, meint man eher Aspekte, wie ich sie eben angesprochen habe, etwa den Finanzmarkt. Spricht man über Europa, denkt man eher an die Côte d'Azur oder an Mallorca oder an London oder Paris als an das Hohe Venn, die Vogesen, die Eifel, die Luxemburger Schweiz oder die Saarschleife. In der Folge droht die Idee einer europäischen Modellregion im Herzen Westeuropas in den Mühlen des Alltags unterzugehen.

Wir erwarten daher vom 12. Gipfel, der am kommenden Montag in Völklingen im Weltkulturerbe stattfinden wird, dass von ihm für die elf Millionen Menschen, die in den vier Nationalstaaten in fünf beziehungsweise, wenn man die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens gesondert zählt, sechs Teilregionen leben, ein wirklicher Impuls ausgeht. Wir erwarten einen Impuls für die rund 203.000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Wir verzeichnen in der Großregion unter allen europäischen Regionen den größten Anteil an Grenzgängern. In ganz Europa gibt es ungefähr 700.000 Menschen, die diesseits einer Grenze wohnen und jenseits der Grenze ihre Arbeitsstelle gefunden haben und täglich dort arbeiten. Unter allen Regionen haben wir aber das größte Aufkommen an Menschen, die täglich über eine Grenze gehen, um zu arbeiten.

Auch in ihrem Interesse erwarten wir, dass vom 12. Gipfel ein wirklicher Impuls für diese Region ausgeht. Wir erwarten, dass nicht einfach irgendwelche gedrechselten Erklärungen durchgewinkt werden. Wir erwarten vielmehr, dass man im Ergebnis feststellen kann, dass uns diese Region tatsächlich etwas wert ist. Das wird sich - das ist nun einmal so in einer Marktwirtschaft - auch daran zeigen, ob man bereit ist, dafür Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Das wird sich daran zeigen, ob man bereit ist, sich dieses Themas auch in der alltäglichen Politik im Sinne einer prioritären Querschnittsaufgabe anzunehmen, nicht nur im Sinne einer Zusatzaufgabe. Denn betrachtet man es nur als Zusatzaufgabe, gibt

man dem Feld der Entwicklung der Großregion, in deren Kern das Saarland liegt, keine Chance.

Es gibt bereits einige Beispiele der guten und regelmäßigen Zusammenarbeit. Ich will stellvertretend den Interregionalen Handelskammer- und Handwerkskammerrat und die Interregionalen Gewerkschaftsräte und die gewerkschaftliche Plattform der Großregion nennen. Ich erspare mir, diese Wortunggetüme, die Ergebnis zum Teil deutschsprachiger und zum Teil frankophoner Entwicklungen sind, hier zu erläutern. Ich möchte des Weiteren nennen die Grenzgängervereinigung, Le Comité de Défense des Travailleurs Frontaliers, den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion, den Interregionalen Parlamentarierrat, die mittlerweile regelmäßig durchgeführten Fachministerkonferenzen, den Gipfel der Regierungschefs. Es gibt auch kleinräumigere Kooperationen wie „Avenir SaarMoselle“ oder QuattroPole. Es gibt auch interessenorientierte Zusammenschlüsse, beispielsweise „Pont des Femmes“. Alle diese Beispiele belegen, dass sich doch einiges getan hat und dass es viele engagierte Frauen und Männer gibt, die an der Entwicklung dieser Region arbeiten.

Es gibt allerdings auch Rückschläge. Einen solchen sahen wir beim Interregionalen Presseinstitut IPI, das sich nunmehr aufgelöst hat, weil ihm die erforderliche Unterstützung, sogenanntes kleines Geld, verweigert wurde. Ich halte das für einen schweren Rückschlag, denn wir brauchen auch in den Medien eine gewisse Vernetzung, die den Fachjournalistinnen und -journalisten, die sich dieses Themas annehmen, verlorengehen wird. Deshalb erhoffen wir uns natürlich auch von diesem Gipfel einen Impuls, um dieses Anliegen voranzubringen. Um auch einmal zu sagen, wer sich in dieser Frage am meisten bewegen müsste: Das geht zuallererst an die Adresse von Rheinland-Pfalz.

Viele Vorschläge wurden gemacht. Ich will sie hier nur nennen, nicht näher darauf eingehen, denn auch das würde den Rahmen hier sprengen. Es gibt ganze Serien von Vorschlägen. Es gibt das Zukunftsbild 2020. Das ist eine sehr ambitionierte Perspektive für die Großregion, die gut erarbeitet, allerdings auch wirklich sehr hoch angesetzt war. Man ist drangegangen, das Vorhaben Zug um Zug abzuarbeiten. Unterhalb dieses hohen Niveaus gibt es beispielsweise die regelmäßigen Berichte des Wirtschafts- und Sozialausschusses an die Großregion. Beispielhaft möchte ich den Wirtschafts- und Sozialbericht nennen, der ein Labeling in der Region vornimmt; insoweit ist er in Europa einmalig. Es gibt gemeinsame Interreg-Projekte. Es gibt das Haus der Großregion. Es gibt die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle. Es gibt eine gemeinsame Polizeidienststelle in Luxemburg. Es gibt aber auch sehr niedrigschwellige Angebote, die das Zusammen-

(Abg. Roth (SPD))

wachsen voranbringen, beispielsweise das gemeinsame Fußballturnier für Nachwuchsmannschaften der Großregion. Zu verweisen ist hier natürlich auch auf die Weiterentwicklung des Konzeptes für den Öffentlichen Personennahverkehr in der Großregion und auf die Hochschulkooperation, beispielhaft realisiert durch die „Universität der Großregion“.

Alle diese Berichte, Vorschläge und Initiativen müssen, wie auch viele Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates, etwa zum Moselschleusenausbau, der uns ja unmittelbar berührt, Zug um Zug in eine Umsetzung münden. Und das ist auch das größte Petium, das dieser gemeinsame Antrag hat. Es darf nicht einfach weiter darum gehen, im Sinne eines Brainstorming noch viele kluge Vorschläge mehr zu machen. Wir haben ein ganzes Sammelsurium. Wir müssen Mechanismen finden, dass auch etwas umgesetzt wird. Entscheidend wird sein, dass die Menschen merken: Es passiert an dieser und jener Stelle tatsächlich etwas, die reden nicht nur, die schreiben nicht nur Papiere, sondern die setzen wirklich etwas um - Stichwort gemeinsame Polizeidienststelle. Dadurch wird diese Großregion auch erfahrbarer. Davon haben alle einen Vorteil.

Deshalb wollen wir Anregungen für die Realisierung. Zunächst einmal muss eine klare Prioritätensetzung in den regionalen und nationalen Parlamenten erfolgen. Das sagt sich so einfach, das ist es aber nicht. Wir - die sogenannten Europafreaks - wissen, dass viele denken: „Lass die mal reden, das wird an uns vorübergehen.“ Das muss sich ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen Schwerpunkte setzen bei den Grenzgängerinnen und Grenzgängern, denn sie leben Europa. Da müssen administrative und soziale Benachteiligungen abgebaut werden. Ich darf ein Beispiel nennen: Jetzt ist über die zuständige Stelle der Deutschen Rentenversicherung die Rente für Grenzgängerinnen und Grenzgänger für fünf Jahre nachbesteuert worden, was diese nicht mitgekriegt haben. Die Nachzahlung ist bei vielen kleinen Renten in der Summe nicht mehr leistbar. Solche Dinge müssen einfach kommunikativ besser laufen. An der Stelle hat sich auch der saarländische Finanzminister eingeschaltet, wofür ich ausdrücklich dankbar bin.

Wir müssen eine konkrete Erfahrbarkeit der Großregion schaffen. Zum Beispiel gibt es das Projekt Bürgerportal, das jetzt in der Pilotphase ist. Ich habe eben Rheinland-Pfalz kritisiert, jetzt muss ich es loben. Das Projekt wurde von Rheinland-Pfalz mit angestoßen, weil es zunächst einmal die Finanzierung übernommen hat. Hier kann man auf Knopfdruck alles Mögliche in der ganzen Region finden, und nicht nur aufgeteilt nach Teilregionen. Solche Projekte müssen vorangetrieben werden. Die Tourismusprojekte - dazu gibt es Gutachten - müssen umgesetzt werden. Es ist klar: Das Ganze ist mehr als die sie-

ben Teile. Es gab das Projekt Kulturhauptstadt 2007, das Symbol war der blaue Hirsch. Da haben die Luxemburger eine Vorleistung erbracht. Das sind Dinge, die die Großregion erfahrbar machen.

Die Sprache des Nachbarn ist ein Thema. Da gibt es eine Initiative des Kultusministeriums, die das Französischlernen betrifft. Man muss sehen, ob das reichen wird. Kontinuität in diese Arbeit hineinzubringen, wird das Schwierigste sein, auch bei der Debatte „Kernregion oder erweiterte Region“. Deshalb ein Vorschlag aus dem Zukunftsbild 2020, das hier im Hause eigentlich schon Konsens ist: Wir wollen einen Generalsekretär oder eine Generalsekretärin für die Großregion. Ich sage das so locker - diejenigen, die sich damit befassen, wissen, dass das eine größere diplomatische Anstrengung erfordern würde. Zunächst müsste man einmal eine für diese außerordentliche Rolle geeignete Persönlichkeit finden und sie dann, Kollege Jost, so in die diplomatischen Gespräche einbringen, dass wirklich alle Partnerinnen und Partner das akzeptieren. Aber man sollte nicht wegen der Schwierigkeit der Aufgabe das ganze Ziel aus den Augen verlieren. Ich finde, es wäre ein Signal am kommenden Montag wert, sich seitens der Regierungschefs dazu zu äußern.

Das gemeinsame Budget müsste gesteigert werden. Es gibt ja zarte Ansätze über gemeinsame INTERREG-Programme. Das ist aber wirklich nur ein zartes Pflänzchen. Es müsste auch in allen Teilregionen speziell zuständige und ausgestattete Regierungsressorts geben. Das ist im Saarland schon einige Zeit der Fall. Luxemburg hat einen Minister der Großregion benannt, den Kollegen von Herrn Toscani, Minister Halsdorf. Man muss sie auch als Großregionsminister in der Presse erfahren können. Da gibt es noch ein bisschen Steigerungspotenzial. Wichtig wäre jedenfalls, dass alle das so machen. Wir wissen, dass das wegen der unterschiedlichen staatlichen Strukturen und der unterschiedlichen Probleme in den Ländern schwierig ist. In Belgien/Wallonien werden Diskussionen geführt, ob das Land überhaupt zusammenhält. Der Aufbau des Staates in Frankreich ist ganz anders als bei uns. Das ist schwierig. Umso besser, umso diplomatischer müssen wir damit umgehen.

Was ich mir wünschen würde, wäre weiter ein mehr oder weniger barrierefreier Zugang zu Sicherheits- und Sozialstrukturen. Und ich hätte noch einen anderen Wunsch - etwas, das man nicht fordern kann. Wir sagen: „Wir sind eine Region, wir sind befreundet.“ Es wäre gut, wenn auch die Regierungschefs, also die „Number Ones“ mehr informelle Kontakte pflegen würden. Ich sage „informell“, denn nur, wenn man sich kennt, wenn man sich auch mal zwischen offiziellen Terminen trifft, sich unterhält, kann man den anderen einschätzen, nur dann geht es voran. Das ist die Kunst der Diplomatie. Mir ist bekannt

(Abg. Roth (SPD))

vom deutsch-französischen Dialog Merkel-Sarkozy, dass zum Beispiel im Bereich Oberrhein/Elsass sehr enge Kontakte bestehen. Die schaffen es immer, ein Thema einzuspielen. Wir sind noch nicht so weit. Wir müssen daran arbeiten. Die Grundvoraussetzung ist aber, dass sich so unterschiedliche Menschen wie Juncker, Masseret, Peter Müller, Kurt Beck und die Wallonen, je nachdem, wer dort gerade regiert, auch mal informell treffen. Jetzt schmunzeln einige, deswegen spreche ich davon. An dieser mangelnden Diplomatie krankt natürlich auch das ein oder andere.

(Beifall von der SPD.)

Abschließend möchte ich die Hoffnung äußern, dass am Montag keine Gipfelroutine eintritt. Es wäre das Schlimmste, was passieren könnte, dass das administrativ versumpft. Der Charme dieser europäischen Modellregion - Modellregion im umfassenden Sinne, also auch ganz besonders im Sozialen - sollte noch einmal herausgestellt werden, bei allen Debatten, die es im Vorfeld gab, die nicht unproblematisch waren, auch was die Übernahme der Gipfelpräsidenschaft betrifft. Ich bin der Auffassung, man müsste auch im Sozialbereich ein Best-Practice-Modell schaffen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das der Mindestlohn. Ich bin auch sicher, dass ich das in zwei Jahren hier nicht mehr zu fordern brauche; dann wird er realisiert sein. Gerade in diesem Fall gibt es eine gute Argumentationsgrundlage, denn die Nachbarn haben es gemacht. Mittlerweile fordert sogar die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft den Mindestlohn. Also es steht alles Kopf. Man könnte die Großregion nutzen, um über seinen Schatten zu springen. Wir hätten bessere Argumente als andere in Deutschland.

Wir müssen uns um die Eindämmung atypischer prekärer Beschäftigung kümmern. In der Region werden Putzkolonnen von hier nach dort gegeneinander ausgespielt. Wir müssen bestehende Errungenschaften absichern, unter anderem die interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle und den Wirtschafts- und Sozialbericht. Das hängt teilweise an einzelnen Personen; wenn die nicht mehr da sind, wackelt die ganze Angelegenheit. Hier muss Kontinuität hineinkommen. Man müsste die Politiken abstimmen in Wirtschafts-, Sozial- und Umweltfragen. Ich möchte nur den Bereich der Industriepolitik erwähnen. Ein kleiner Exkurs: Man hat immer gesagt, Lothringen macht es sehr gut, die haben den Bergbau rechtzeitig abgeschafft. Die Konsequenz davon ist leider, dass es dort die größte Arbeitslosigkeit in der ganzen Region gibt. So ein ganz vorbildhafter Vorgang war das also nicht; es gibt riesenprobleme damit.

Außerdem muss man das gesellschaftliche Leben und Zusammenwachsen fördern, zum Beispiel über Vereine und den Sport. Mir fehlt da an manchen

Stellen - ich sage das als Handballer - ein bisschen die Vorbildfunktion der Fußballmannschaften. Da gibt es ja einige Möglichkeiten. Nicht nur die C-Jugend des FC Saarbrücken und die C-Jugend des FC Kaiserslautern könnten gegeneinander spielen. Warum treten nicht auch einmal in irgendeinem Cup der Großregion die ersten Mannschaften an? Das würde riesige Beachtung finden. Da müsste doch etwas möglich sein.

Alles in allem war diese Rede nicht einmal meinen eigenen Atem wert, wenn die Verantwortlichen das nicht wirklich wollen. Ein Teil der Verantwortlichen sind wir selbst. Als Teil einer funktionierenden Großregion hat das Saarland nach meiner Auffassung allemal mehr Chancen als als Anführer der Pleitetafel der föderalen Bundesrepublik Deutschland mit einem zunehmend angelsächsischen Kapitalismus. Deshalb: In der Großregion liegt unsere Chance. Nutzen wir sie! - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Helma Kuhn-Theis.

Abg. Kuhn-Theis (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche natürlich auch im Auftrag der Jamaika-Koalition. Ich danke Eugen Roth für seine Anmerkungen und dafür, dass er diesen Antrag auf den Weg gebracht hat. Wir haben gemeinschaftlich den Antrag so gestaltet, dass wir uns alle wiedergefunden haben. Auch das zeigt die große Übereinstimmung in diesem Parlament, wenn es darum geht, die Großregion nach vorne zu bringen.

Es war eben die Rede von Europaskepsis. Es ist in der Tat so, die Menschen machen sich Gedanken um ihr Geld, haben Angst, dass die aktuellen Diskussionen möglicherweise zu einer Entwertung oder einer Währungsreform führen könnten. Das kann niemand wollen, und aus meiner Sicht wird es auch nicht so kommen. Es wurde eben gesagt, es wäre vernünftig, wenn wir als Saarland, als die treibende Kraft in der Großregion, auch einen Minister für SaarLorLux hätten. Wir haben aber einen Europaminister, der sich in dieser Funktion natürlich auch sehr verantwortungsvoll um die Anliegen der SaarLorLux-Region kümmert und für eine positive Entwicklung steht. Ich denke, in dem Bereich haben wir keinen Nachholbedarf.

Ich möchte heute aber nicht nur Skepsis verbreiten. In der heutigen Zeitung ist zu lesen, dass es durchaus sehr positive Ansätze gibt, die die Bürgerinnen und Bürger der Großregion ganz aktuell betreffen, nämlich bei der Verbesserung der Patienten-

(Abg. Kuhn-Theis (CDU))

mobilität. In Notfällen besteht bereits die Versorgung über die Grenzen hinweg, aber künftig wird es so sein, dass innerhalb der 27 Mitgliedsstaaten die Patienten ihren Arzt oder ihre Klinik wählen können. Das ist für die Bürgerinnen und Bürger gerade in der SaarLorLux-Region von großer Bedeutung und von Vorteil.

Europa wächst an den Grenzen zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber das geht nicht von alleine, auch nicht bei uns, trotz der Tatsache, dass wir ein recht überschaubares europäisches Gebiet sind. Deshalb müssen wir die Fragen des Europas von morgen, wie wir sie hier in der Grenzregion täglich erleben, durch konkrete Maßnahmen mit alltagstauglichen Lösungen vorantreiben. Das müssen wir auch tun, nur so kann es gelingen, dass die Menschen, die diese europäische Region bewusst erleben und fühlen, auch einen Mehrwert spüren, und zwar in ihrem Alltag. Eugen Roth hat schon darauf hingewiesen, das ist zunehmend schwierig.

Peter Müller hatte damals, als er 2003 den Gipfelvorsitz innehatte, eine hervorragende Idee. Mit dem Präsidenten der Kommission, Jacques Santer, hat er ein herausragendes visionäres Papier auf den Weg gebracht, das über die Grenzen der Region hinaus Beachtung gefunden hat. Wir alle, vor allen Dingen die Mitglieder im IPR, waren in den letzten Jahren und sind weiterhin bemüht, dieses „Zukunftsbild 2020“ umzusetzen, was mitunter sehr schwierig ist. Eugen Roth hat bereits das eine oder andere angesprochen.

Wir haben in unserer langjährigen parlamentarischen Zeit erlebt und erfahren, dass wir einen langen Atem haben müssen. Selbst bei winzig kleinen Fortschritten dauert es manchmal lange - aus unserer Sicht viel zu lange -, bis sich etwas in Bewegung gesetzt hat. Man kann trefflich darüber philosophieren, wie man das hätte schneller machen können, aber wichtig ist, dass wir alle am Ball bleiben. Im Antrag heißt es: „Die Großregion muss an Fahrt gewinnen.“ Das bedeutet nicht - so ist dieser Antrag auch nicht zu verstehen -, dass nichts passiert ist, sondern dass der eingeschlagene Weg der richtige ist, aber die Geschwindigkeit nicht stimmt. Ich sehe zu meiner Rechten den ehemaligen Europaminister Karl Rauber, der auch schon den Vorschlag einer „Großregion der zwei Geschwindigkeiten“ machte. Er hatte diesen Vorschlag gemacht, als das Saarland den Gipfelvorsitz hatte, aus einer gewissen Verärgerung heraus, weil nicht alle Mitglieder des Gipfels so schnell, intensiv und verantwortungsvoll arbeiten wie das Saarland, Luxemburg und Rheinland-Pfalz. Das bringt uns jedoch nicht weiter. Wir sind in einer Schicksalsgemeinschaft, die aus mehreren, nicht nur aus drei Mitgliedern besteht. Deswegen brauchen wir einen langen Atem.

Ich möchte nur ganz kurz einige Dinge ansprechen, die schon umgesetzt worden sind. Ich nenne den gemeinsamen Wirtschaftsraum, der eine ungeahnte Dynamik erhalten hat. Wir sind die Region mit den meisten Grenzgängern. Die Untersuchungen des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Großregion - wir haben die Ergebnisse in einer großen Veranstaltung vernehmen dürfen - haben ergeben, dass trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise die Anzahl der Pendler keinen Einbruch erlitten habe. Im Gegenteil, auch hier ist die Wirtschaftsdynamik im Grenzraum stabil geblieben, bis heute hat sich die Anzahl der Grenzgänger auf 203.000 erhöht. Deswegen ist es richtig, dass das Saarland unter seinem Gipfelvorsitz diese Mobilitätsinitiative zu seinem Thema gemacht hat. Das Saarland hat erkannt, dass dies ein ganz wesentlicher Faktor ist für die Arbeitsplatzsituation und für die wirtschaftliche Entwicklung der SaarLorLux-Region und auch des Saarlandes. Ich beglückwünsche das Saarland und den Europaminister dazu, dass der saarländische Gipfelvorsitz so engagiert und verantwortungsbewusst genutzt wurde, um in diesem Bereich Akzente zu setzen. Es freut mich in diesem Zusammenhang sagen zu dürfen, dass die Task Force Grenzgänger ein arbeitsmarktpolitisches Instrument ist, das unbedingt auf den Weg gebracht werden muss, um die administrativen Hemmnisse zu überwinden. Es ist eine Experten-Gruppe, die verstärkt dafür sorgen wird, dass die Grenzgängermobilität an Aufwind gewinnt. Ich höre, dass die Realisierung kurz bevorsteht. Darüber sind wir sehr froh.

Auch im Bereich Tourismus gibt es ein Interregionales Tourismusmarketingkonzept, das sich bewährt hat. Alle arbeiten mit. So sieht es auch in der kulturellen Zusammenarbeit aus. Zum Thema der Sicherheit ist das Vier-Nationen-Zentrum bereits angesprochen worden. Ich denke, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Großregion tagtäglich erfahren, wie es ist, in einem sicheren Raum zu leben. Angesichts der aktuellen Diskussionen um Unsicherheiten in Europa und in der ganzen Welt ist das auch ein Markenzeichen für die SaarLorLux-Region. Es gibt gemeinsame Polizeistreifen, gemeinsame Einsätze und vieles mehr. Das alles ist für die Bürgerinnen und Bürger ein Mehrwert, den sie täglich erfahren.

Ich möchte noch ein herausragendes Projekt ansprechen, das sich auf einem guten Weg befindet: die Universität der Großregion. Alle Universitäten der Region arbeiten zusammen, die Studenten können ihre Scheine in den benachbarten Universitäten machen. Auch das wird weiterentwickelt, der saarländische Gipfelvorsitz hat sich dazu einiges vorgenommen.

Dann können wir, denke ich, alle sehr stolz darauf sein, dass es uns gelungen ist, den Anspruch auf Exzellenz in der Großregion durch einen neuen

(Abg. Kuhn-Theis (CDU))

großregionalen Schultyp, das Schengen-Lyzeum, auf den Weg zu bringen. Es ist gelungen, durch diesen herausragenden europäischen Schultyp, durch multinationale Lehrerschaft und Schülerschaft eine Schule in unserer Region zu haben, die europaweit Vorbild ist. Hier können Abschlüsse gemacht werden, die gegenseitig anerkannt werden. Ich habe mir die Zeit genommen, um zumindest an einigen Beispielen aufzuzeigen, was in der Großregion schon alles passiert ist, und wie positiv sich die Entwicklung darstellt.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Aber der Antrag, der uns heute vorliegt, hat noch ein anderes Anliegen, das wir alle gemeinsam verfolgen. Wenn wir gemeinsam die Dinge umsetzen wollen, die noch im Raum stehen, und wenn es weiterhin eine positive Entwicklung der Großregion geben soll, brauchen wir Verbündete, verlässliche Partner, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind, dass sie Teil dieser Großregion sind. Dazu gehört nicht nur der Gipfel, sondern auch der Interregionale Parlamentarierrat.

Wir können mit gutem Gewissen sagen, dass der Interregionale Parlamentarierrat stets Motor war und den Gipfel durch zahlreiche Empfehlungen angetrieben hat. Auf der Grundlage des Zukunftspapiers 2020 hat der Interregionale Parlamentarierrat in den letzten Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet. Ich sage hier ganz offen, wir haben den Gipfel getrieben und manches wäre möglicherweise „nicht so schnell“ erfolgt, hätte der Interregionale Parlamentarierrat nicht so gut gearbeitet.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Deswegen freut es mich, dass unser Europaminister Stefan Toscani, als er vor dem Plenum des Interregionalen Parlamentarierrates gesprochen hat, ausdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, den Dialog zwischen Gipfel und IPR noch auszubauen, weil auch er die Meinung vertritt, dass beide Gremien eine große Verantwortung für die Zukunft der Großregion tragen. Ich kann, denke ich, auch im Namen aller Kollegen Ihnen, Herr Europaminister, versichern, dass wir sehr an einem konstruktiven Dialog interessiert sind und weiter sehr kräftig mitmischen werden.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Zum Abschluss möchte ich noch ein paar Bemerkungen zu dem künftigen Gipfelvorsitz machen, den Lothringen innehat. Ich möchte in aller Offenheit sagen: Es gibt Regionen, die sehr verantwortungsbewusst, sehr zielstrebig und mit einer hohen Geschwindigkeit Dinge im Rahmen ihres Gipfelvorsitzes angehen. Es gibt aber auch Teilregionen, die das eher anders sehen, eher wenig engagiert, sich Zeit lassen, gemächlich das Ganze angehen und

den Gipfelvorsitz eigentlich nur als lästiges Übel ansehen.

(Abg. Ries (SPD): Das weiß man nicht!)

Kollegin Ries, ich habe ja noch gar nichts gesagt - -

(Abg. Pauluhn (SPD): Aber das schon sehr lange! - Abg. Ries (SPD): Ja, ganz genau, das schon sehr lange. - Abg. Pauluhn (SPD): Sie hat seit einer halben Stunde noch gar nichts gesagt.)

Sind Sie fertig, Herr Pauluhn? Gut, dann kann ich weiterreden. Man könnte aufgrund der schmerzlichen Erfahrungen, die wir in den Ausschüssen des IPR gemacht haben, die Befürchtung haben, dass es unter dem Vorsitz von Lothringen zu einer Reduzierung der Geschwindigkeit kommen könnte. Ich hoffe, dass dem nicht so ist. Meine Erwartungen an die Lothringer sind, dass sie sich ihrer Verantwortung mehr, als das in der Vergangenheit der Fall war, bewusst werden, dass sie die Beschlüsse fortsetzen, die gefasst worden sind, dass sie pragmatisch an das, was vorgegeben ist, herangehen, dass sie sich für die Fortführung und das Funktionieren des gemeinsamen Gipfelsekretariats einsetzen, vor allen Dingen auch für die Fortsetzung der Öffentlichkeitsarbeit, um nur einige Themen zu nennen.

Ich hätte die herzliche Bitte auch an die Kollegen der SPD, an Sie Herr Pauluhn, an Sie, Frau Ries und an andere, sich mit Herrn Masseret einmal zu treffen, um ihm zu sagen, wie wichtig die Zusammenarbeit mit Lothringen ist, und dass wir die Erwartungen an Lothringen stellen, wie wir sie an uns selbst gestellt haben. Ich denke, dann wären wir einen großen Schritt weiter.

Zum Abschluss hätte ich noch ein paar Anmerkungen zu machen. Ich wünsche mir, dass den Grenzregionen Sonderrechte eingeräumt werden, dass sie Sonderrechte des Experimentierens bekommen. Das wäre ein Segen für unsere SaarLorLux-Region nach dem Vorbild der französischen Dezentralisierungspolitik. Ich denke, da hätten wir viel mehr Spielräume und wären nicht so auf die nationalen Gesetzgebungen angewiesen. Ich wünsche mir an der einen oder anderen Stelle, dass die Europäische Union für die Grenzregionen vor allen Dingen im Bereich des Spracherwerbs Gelder zur Verfügung stellt, weil die Grenzregionen das oftmals alleine nicht so schnell schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass es künftig in der Großregion weiterhin so positiv laufen wird, wie sich das unter dem saarländischen Gipfelvorsitz in der Vergangenheit dargestellt hat. Ich hoffe, dass das, was hier aufgegriffen worden ist, sehr rasch und zielgerichtet von den Lothringern umgesetzt wird. Ich denke, dass wir dann gemeinsam in eine gute Zukunft in der SaarLorLux-Region gehen. Meine feste Überzeugung ist, die Zu-

(Abg. Kuhn-Theis (CDU))

kunft des Saarlandes, die Zukunft von uns allen liegt in SaarLorLux. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Herr Prof. Dr. Heinz Bierbaum.

Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gleich zu Anfang erklären, dass wir diesen Antrag unterstützen. Auch wenn wir formal nicht dem Antrag beigetreten sind, so teilen wir ihn doch inhaltlich voll und unterstützen ihn. Ich halte es auch für notwendig, dass der gesamte saarländische Landtag eine Initiative in diese Richtung unternimmt.

(Beifall des Hauses.)

Ich bin der Überzeugung, dass es wichtig ist, uns damit zu beschäftigen, weil wir schon einen bestimmten Widerspruch haben. Auf der einen Seite sind wir eine europäische Region. Wir sind mittendrin, wir sind auch eine der Kernregionen in Europa. Auf der anderen Seite ist aber die Realität noch nicht dadurch gekennzeichnet, dass wir wirklich europäisch denken. Wir haben eine Vielzahl von gemeinsamen Projekten. Das ist eben schon einmal angekommen. Da gibt es eine ganze Menge im Bereich Arbeitsmarkt, im Bereich Bildung, in vielen anderen Bereichen. Es gibt einen Interregionalen Parlamentarierrat. Es gibt all diese Dinge. Aber so richtig hat das noch nicht den Alltag erfasst. Deswegen bin ich auch der Auffassung - und deswegen unterstützen wir diesen Antrag -, dass wir hier politisch stärker initiativ werden müssen. Das heißt, wir müssen mehr machen. Das ist wohl der Sinn dieses Antrags zu sagen, wir müssen uns damit stärker beschäftigen.

Ich will ganz kurz noch einmal auf ein paar Fakten eingehen, die zum Teil schon genannt worden sind. Die Großregion umfasst immerhin etwas über 11 Millionen Einwohner. Das ist eine Menge. Wir wissen, dass das mit der Großregion etwas schwierig ist vom Namen her. Außerhalb unseres Bereiches kann kaum jemand etwas mit dem Wort Großregion anfangen. SaarLorLux ist treffender, aber umfasst nicht alles, was die Großregion darstellt. Wir haben sehr unterschiedliche Regionen und wir haben auch ein sehr unterschiedliches Verhalten. In dem Zusammenhang möchte ich deutlich sagen, es wird nur gelingen voranzukommen, wenn alle gleichermaßen mitziehen. Wir hatten auch sehr unterschiedliche Schwerpunkte. Das gilt für alle Regionen, die einmal Bremsen waren und ein andermal diejenigen, die stärker auf die Tube gedrückt haben. Da gibt es sehr unterschiedliche Entwicklungen. Ich stimme dem zu,

was auch meine Vorredner gesagt haben, dass die Zukunft des Saarlandes gesehen werden muss als eine Zukunft in der Großregion, als eine europäische Zukunft. Das halte ich für außerordentlich wichtig.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir auch eine Reihe gemeinsamer Probleme haben. Ich nannte eben die Bevölkerungszahl von etwas über 11 Millionen, wir sind in der letzten Zeit weniger gewachsen. Das hängt übrigens auch stark mit dem Saarland zusammen, weil wir einen deutlichen Bevölkerungsrückgang haben. Wir haben das Problem der demografischen Entwicklung, das heißt die Zahl der Älteren nimmt deutlich zu. Das hat meines Erachtens auch Auswirkungen auf das Thema wirtschaftliche Entwicklung, da werden andere Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Ich glaube, das ist ein gemeinsames Problem, das wir in der Region insgesamt haben, auch wenn die Entwicklung in den Teilregionen sehr unterschiedlich ist.

Wir haben eine Beschäftigungsquote von 60 Prozent. Die hat in letzter Zeit zugenommen, wir liegen aber noch unter dem von Lissabon gesetzten Ziel von 65 Prozent. Und es gibt einen weiteren außerordentlich wichtigen Punkt, auf den schon hingewiesen worden ist, das ist der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt. Wir haben mehr als 200.000 Grenzgänger, wobei die Ströme ungleich verteilt sind. Der größte Teil der Grenzgänger geht nach Luxemburg, wovon die Hälfte aus Frankreich kommt. Es gibt nur zwei Regionen mit einem positiven Grenzgängersaldo: Die eine ist Luxemburg und die andere das Saarland, auch wenn wir eine abnehmende Zahl von Einpendlern aus Frankreich zu verzeichnen haben. Dennoch ist es eine wichtige Realität. In dem Zusammenhang möchte ich auch noch mal betonen - auch das war eine gemeinsame Initiative des entsprechenden Ausschusses -, dass die Beratungsstellen für die Grenzgänger erhalten bleiben müssen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD.)

Wir müssen dafür sorgen, dass die EURES-Beratungsstellen weiter erhalten bleiben. Hierzu gibt es auch Initiativen der Landesregierung. Es ist aber auch wichtig, dass wir uns in Europa Gehör verschaffen, damit dort keine Mittel gestrichen werden. Die EURES-Stellen, die auch nicht allen bekannt sind, sind eine Erfolgsstory. Es gibt viele Teilnehmer an den Beratungsgesprächen.

Anknüpfend an diese Problematik müssen wir eines tun. Wir müssen uns noch stärker als bisher um die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Region kümmern. Auch was die wissenschaftlichen Untersuchungen angeht, haben wir noch erhebliche weiße Flecken. Die Kenntnis über die Arbeits- und Lebensbedingungen in den verschiedenen Teilräumen

(Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE))

der Region scheint mir nicht ausreichend entwickelt zu sein.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wir haben zwar auf der Ebene der Gewerkschaften den Interregionalen Gewerkschaftsrat, aber das ist eine Institution, die - damit trete ich wohl niemandem zu nahe - doch relativ weit weg ist von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Großregion, und das muss sich aus meiner Sicht ändern. Dazu ist eine Reihe von Initiativen notwendig. Wir brauchen mehr Austausch an der Basis selbst. Es gibt Projekte, Schulen, Berufsbildung. Ich glaube, da muss ein Austausch stattfinden. Auch was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeht, brauchen wir einen stärkeren Austausch, um uns gegenseitig kennenzulernen, um zu wissen, wie die Realität in den einzelnen Bereichen aussieht. Hier haben wir zum Teil rückläufige Tendenzen und da müssen wir gegensteuern.

Aus meiner Sicht sind es drei Felder, wo ich einen Vorrang sehe. Es ist erstens die Bedeutung des Wirtschaftsraumes betont worden. Bei allem, was sich positiv entwickelt hat, möchte ich auf einen Bereich hinweisen, der auch schon bei der Diskussion über die Entwicklung im Saarland zur Sprache kam. Die Großregion ist insgesamt, was den Arbeitsmarkt angeht, relativ gut durch die Krise gekommen. Allerdings sind die Grenzgänger nicht ganz verschont worden. Das betrifft insbesondere unsere französischen Kolleginnen und Kollegen, die natürlich auch von dem wirtschaftlichen Rückgang in Luxemburg betroffen wurden. Dennoch gibt es durchaus positive Beispiele, gerade was die Entwicklung auf den Arbeitsmarkt angeht.

Was wir aber aus meiner Sicht noch nicht richtig geschafft haben, ist, dass wir sozusagen den Mehrwert dieser Großregion auch für die wirtschaftliche Entwicklung herausgestellt haben. Hier gibt es ein paar kleinere Dinge, die man auch anpacken muss. Das ist zum Beispiel das Thema Kommunikation, auch was das Telefonieren angeht. Es sind Kleinigkeiten, die oftmals eine größere Entwicklung behindern. Wir müssen deutlich die Gemeinsamkeit des Wirtschaftsraumes herausstellen. Wir müssen unsere europäische Positionierung stärker nutzen, auch als Vorteil für den Wirtschaftsstandort. Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir ausbauen müssen und wo wir uns stärker engagieren müssen, um auch dort bessere Angebote, auch Dienstleistungsangebote, zu entwickeln.

Der zweite Punkt hängt eng damit zusammen. Sie haben von der Universität der Großregion gesprochen. Ich meine, dass wir die Zusammenarbeit im Bereich der Bildung deutlich verstärken müssen. Das gilt für die Universitäten, da gibt es bestimmte gemeinsame Projekte. Aber es wird noch nicht ge-

fühlt, dass wir hier wirklich einen Verbund haben. Im Bereich der Hochschulen müssen wir mehr tun, und zwar nicht nur ganz oben, sondern das muss auch die Studierenden stärker erfassen. Die Mobilität muss meiner Meinung nach stärker unterstützt werden.

(Beifall bei der LINKEN.)

Das gilt aber auch für die Schulen selbst. Sie haben richtigerweise das Schengen-Lyzeum erwähnt. Aber noch ist es sozusagen ein Leuchtturm, das müssen wir verbreitern. Dann ist mir ein Punkt noch sehr wichtig - ich glaube, auch da können wir mehr tun -, das ist der Bereich der beruflichen Bildung. Auch dort müssen wir einen Austausch haben. Ich glaube, es ist möglich, grenzüberschreitende Ausbildungsverbünde zu gründen.

Dritter Punkt. Eugen Roth hat davon gesprochen, dass die Region erfahrbar sein muss. Ich glaube, da müssen wir ansetzen. Das bedeutet, dass wir uns stärker mit den Arbeits- und Lebensbedingungen auseinandersetzen müssen, dass dort eine Erfahrbarkeit stattfindet, dass wir konkret erfahren, was das heißt. Dazu gehört selbstverständlich das Thema Sprache, das leider gegenwärtig etwas zurückgeht, gerade wenn ich an Lothringen denke, wo die Jugendlichen immer weniger Deutsch sprechen im Vergleich zu früheren Generationen. Wir müssen die Arbeits- und Lebensbedingungen erfahrbar machen, damit Europa auch wirklich zum Alltag wird, damit das, was Großregion heißt, Alltag wird.

Deswegen unterstützen wir auch die Projekte, die es da gibt. Wir müssen das auch politisch weitertreiben. Wir müssen Kritik aufgreifen und ein Bewusstsein dafür schaffen, dass in dieser Region unsere Zukunft liegt. Das muss ganz nach unten gebrochen werden. Nur wenn diese Region auch für den einzelnen Menschen im Alltag erfahrbar ist, wird sie auch eine Zukunft haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Minister Stephan Toscani.

Minister Toscani:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass auch bei diesem Thema eine so breite Übereinstimmung zwischen allen Fraktionen im Landtag besteht. Das tut gut, das fördert den Europagedanken im Saarland. Es hilft vor allem unserem großen gemeinsamen Projekt SaarLorLux.

Ich verstehe diese Debatte als landespolitische Einstimmung auf den Gipfel, den wir am kommenden Montag ausrichten. Das ist der Höhepunkt der saar-

(Minister Toscani)

ländischen Gipfelpräsidentschaft, des saarländischen Gipfelvorsitzes in der Großregion und gleichzeitig auch der Abschluss. Wir übergeben dann das Staffelholz an die Kollegen aus Lothringen. Insofern ist heute eine gute Gelegenheit, eine Bilanz zu ziehen über das, was wir in den letzten eineinhalb Jahren gemeinsam erreicht haben.

Ich unterstreiche, dass heute Morgen in der Debatte viele gute Ansätze zu verzeichnen sind, viele konstruktive Ansätze, die geeignet sind, unsere Großregion weiterzubringen. Als was empfinden wir uns? Wir sind Saarländer - ja. Wir sind Deutsche - ja. Wir sind auch Bürger der Großregion SaarLorLux. Aber das Problem besteht darin, dass die gefühlte Mehrheit im Land diese dritte Identität noch nicht so stark empfindet wie vielleicht der eine oder andere von uns. Das Wunderschöne an diesen drei Identitäten ist ja, dass sie nicht gegeneinander arbeiten, sondern dass sie sich gegenseitig ergänzen, bereichern und im Grunde diesen Mehrwert darstellen, der eben schon angesprochen wurde.

Uns kommt eine große Bedeutung für das Zusammenwachsen Europas zu. Das klingt pathetisch, ist aber tatsächlich so, denn die Grenzregionen sind Nahtstellen beim Zusammenwachsen Europas. Wir können stolz darauf sein - das sage ich bewusst als Bürger der Großregion -, dass ein Bürger der Großregion der Vater Europas ist. Robert Schuman hat keine Dreiviertelstunde von hier in Scy-Chazelles bei Metz gelebt. Wir haben im Sommer das Jubiläum der Schengen-Verträge gefeiert. Schengen - das berühmteste Dorf der Welt - ist Teil unserer Großregion. Wenn wir das so empfinden, tragen wir dazu bei, dass nach und nach diese gemeinsame Identität als Bürger der Großregion wächst.

Wie schaffen wir es, dass das stärker wird und zunehmend als Vorteil empfunden wird? Die Kolleginnen und Kollegen haben die jeweiligen Themenfelder angesprochen, beispielsweise die Wirtschaft, die Kultur und die Zusammenarbeit auf dem Sektor der Bildung. Ich glaube, es gibt nicht das eine große Projekt, das die gemeinsame Identität noch steigern wird. Es sind vielmehr eine Vielzahl von Projekten in diesen jeweiligen politischen Sektoren. Wir müssen es schaffen, durch immer mehr und immer weitere Projekte auf allen politischen Themenfeldern in der Großregion eine Art kritischen Punkt zu erreichen, an dem diese gemeinsame Identität letztlich zur Selbstverständlichkeit wird.

Wie schaffen wir das? Ich glaube, mit einer Mischung aus Begeisterung für die Vision, die die Großregion unserem Land bietet, aber auch aus nüchternem, fleißigem politischem Handwerk. Beides ist notwendig. Beides prägt auch die saarländische Präsidentschaft, die sich jetzt dem Höhepunkt zuneigt. Gerade als Beispiel dafür, dass das Ganze im Kopf beginnt, möchte ich einen Punkt anführen,

der hier schon genannt wurde: Wirtschaft. Kollege Bierbaum hat es eben angesprochen, die Vorrednerinnen und Vorredner auch. Ich glaube, wenn wir das forcieren, was wir in der Großregion im Grunde sind - nämlich das gemeinsame Tor zu den beiden größten Märkten in der Europäischen Union zum deutschen und zum französischen Markt sowie zu einem der bedeutendsten Finanzplätze in der gesamten Europäischen Union, Luxemburg -, wenn wir den wirtschaftlichen Ansatz so finden, dann ergeben sich daraus Chancen.

Ein weiterer Punkt, der wichtig ist: Raumplanung. Raumplanung klingt etwas trocken, aber ist etwas, was langfristig wirkt. Planerische Entscheidungen haben Bedeutung für die nächsten 10, 20 oder 30 Jahre. Wir sind dabei, uns enger zu verzahnen. Kollegin Simone Peter hat die Raumordnungsminister zusammengerufen und hat ein gemeinsames Projekt vorangetrieben, das ursprünglich aus Luxemburg kam.

Wenn man überlegt, welches die Metropolen in Europa sind, dann taucht in unserer Großregion zunächst einmal keine Stadt auf, vielleicht Luxemburg auf Platz fünf oder sechs. Wenn wir unsere Großregion als europäische Metropole betrachten und uns entsprechend vermarkten, sind wir plötzlich mindestens in der zweiten Liga der europäischen Metropolen. Also gilt es, die Bedeutung dieser gemeinsamen Identität durch Raumordnung und Ansätze in der Wirtschaft zu forcieren.

Was haben wir in den 18 Monaten vorgebracht? Es ist angesprochen worden, dass die Strukturen, die wir haben, mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Das ist auch angeklungen. In den Strukturen, die wir haben, finden sich die Mühlen des Alltags. Natürlich ist es so, wenn man solche Strukturen hat: einen Wirtschafts- und Sozialausschuss, einen IPR. Aber trotzdem tragen diese Strukturen dazu bei, dass das entstanden ist, was wir jetzt nach mehreren Jahrzehnten haben. Im Grunde kann man sagen, wenn man jedes Einzelne für sich nimmt, ist es ganz nett und schön. Ich glaube, die Summe macht es aus. Wo in der Europäischen Union gibt es eine derartige Zusammenarbeit von zwei Kulturkreisen, von drei Sprachen, von vier Nationalstaaten, von fünf Teilregionen und von elf Partnern in diesen Teilregionen, eine solche Vielfalt und Heterogenität? Das ist ein Reiz, den es sonst wo in Europa fast nicht gibt. Nirgendwo in Europa, in anderen Grenzregionen Europas arbeiten Regierungen, Beamte, Parlamentarier, Gewerkschafter und Arbeitgeber so eng und strukturiert zusammen wie bei uns in der Großregion SaarLorLux. Die Faszination bewahrt man dann, wenn man auf das zurückschaut, was einmal vor 20 oder 30 Jahren war. Was wir jetzt erreicht haben, ist im europäischen Maßstab etwas Besonderes. Liebe Kolleginnen und Kol-

(Minister Toscani)

legen, wir können mit Fug und Recht sagen: Wir in unserer Großregion SaarLorLux sind die Grenzregion, die am intensivsten in der gesamten Europäischen Union zusammenarbeitet. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

In unserer Präsidentschaft haben wir diese Strukturen weiterentwickelt. Es gibt ein Haus der Großregion in Luxemburg. Künftig gibt es ein gemeinsames Sekretariat dieser Großregion; es wird im Haus der Großregion in Luxemburg angesiedelt. Wir haben dieses Sekretariat in unserer Gipfelpräsidentschaft entscheidend vorgebracht. Es steht jetzt. Es kann in Kürze seine Arbeit aufnehmen. Das wird auch für mehr Kontinuität und Stabilität zwischen den verschiedenen Gipfelpräsidentschaften sorgen. Es soll die jeweils rotierende Gipfelpräsidentschaft unterstützen, ihr Impulse und Anregungen geben. Das heißt, diese Gesamtstrukturen, die wir haben, werden noch stärker unterstützt. Es ist eben mehr oder weniger stark angeklungen: es gibt eine gewisse Skepsis und Vorbehalte von manchen, wie stark und engagiert die jeweiligen Teilregionen ihre Gipfelpräsidentschaft wahrnehmen. Ich glaube, wir sollten gegenüber den lothringischen Kollegen der Fairness halber auch einmal sehr deutlich sagen, dass sie es alleine von ihren Strukturen her schwerer haben als wir.

(Beifall.)

Wenn man in die Teilregion Saarland geht, gibt es einen Ansprechpartner, die saarländische Landesregierung. In Luxemburg ist es die luxemburgische Nationalregierung. In Frankreich sind es gleich fünf Partner, die unter einem Dach die Teilregion Lothringen repräsentieren. Das ist nicht ganz einfach. Da gibt es den Präsidenten des Regionalrates, den Präfekten der französischen Nationalregierung und drei Departements mit den drei Präsidenten der sogenannten Generalräte. Jeweils unter fünf Partnern eine Verständigung zu finden, ist nicht ganz einfach. Von daher werbe ich um Verständnis für die strukturellen Schwierigkeiten, die unsere französischen Kolleginnen und Kollegen haben. Ich habe gleichwohl der Eindruck, dass Präsident Masseret, der neue Präsident unseres Gipfels der Exekutiven, mit großem Elan an die Sache herangeht. Ich bin von Natur aus ein optimistischer Mensch. Deshalb glaube ich, dass die lothringischen Kolleginnen und Kollegen in den nächsten beiden Jahren unsere Großregion so engagiert voranbringen, wie wir das getan haben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Zur strukturellen Zusammenarbeit. Es hat sich gerade vor Kurzem erwiesen, dass es nützt, wenn wir in der Großregion konkret zusammenarbeiten. Dadurch kommen wir voran. Sie erinnern sich: Wir hat-

ten vor ein paar Wochen die Debatte um die französische Schienenverkehrssteuer. Das ist eine neue Steuer, die letztlich dazu geführt hätte, dass die Saarbahn nach Saargemünd wahrscheinlich vor dem Aus gestanden hätte. Was haben wir gemacht? Natürlich hat sich die saarländische Landesregierung eingesetzt, aber wir haben auch gemeinsam mit den luxemburgischen Kolleginnen und Kollegen dafür gesorgt, dass es jetzt positive Nachrichten gibt. Es ist mittlerweile offiziell: Das französische Parlament und die französische Regierung haben einen Gesetzentwurf eingebracht, um diese Schienenverkehrssteuer die Grenzregionen betreffend zu modifizieren. Auch das ist ein Beispiel für gelebte und erfolgreiche strukturelle Partnerschaft in unserer Großregion.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Seit 2007, dem Jahr der Kulturhauptstadt Europas, gibt es auch eine gewachsene Zusammenarbeit in kulturellen Fragen. Wir waren damals gemeinsam mit Luxemburg und der Großregion die Kulturhauptstadt Europas. Aber das Interessante war, dass wir nicht dabei stehen geblieben sind. Wir haben vielmehr nach diesem Jahr 2007 gesagt, wir setzen diese kulturelle Zusammenarbeit fort. Es gibt einen eigenen Verein „Kulturraum Großregion“, der wirklich interessante Projekte macht. Er bietet eine Internetplattform für Veranstaltungen in der Großregion an. Das Ganze nennt sich „plurio.net“. Sie können also auf einer Internetseite einen Überblick über alle kulturellen Veranstaltungen bekommen, und zwar nicht nur im Saarland, sondern in der gesamten Großregion. Seit kurzem gibt es eine weitere Internetplattform mit der etwas merkwürdigen Bezeichnung „GRRRRR“, wobei die fünf R für die fünf Teilregionen unserer Großregion stehen. Es ist eine Internetplattform für Jugendliche, auf der ebenfalls Veranstaltungen in unserer Großregion angeboten werden. Bei jedem Projekt für sich genommen kann man sagen: Na ja, ist ja ganz nett, aber was bewirkt es denn? In der Summe trägt jedoch alles dazu bei, dass wir uns immer mehr dem kritischen positiven Punkt nähern, dass in unserer Großregion eine gemeinsame Identität entstehen kann.

Ich bedanke mich ganz ausdrücklich beim Kollegen Klaus Kessler. Er hat ja ebenfalls eine Fachministerkonferenz durchgeführt. Wir hatten in unserer Präsidentschaft mehrere Fachministerkonferenzen. Herr Kessler hat auf der Bildungsministerkonferenz entscheidend dazu beigetragen, dass der Austausch von Lehrern künftig forciert und das Thema „Sprachen“, eines der entscheidenden Themen und neuralgischen Punkte in unserer Großregion, vorangetrieben wird. Die saarländische Landesregierung hat ja ein klares Sprachenkonzept. Wir setzen im frühen Kindesalter auf Französisch. Damit haben die saarländischen Kinder im Vergleich zu Kindern aus an-

(Minister Toscani)

deren Bundesländern einen entscheidenden Vorteil. Natürlich lernen sie in der weiterführenden Schule auch Englisch, aber dann haben sie beides: Sie haben Englisch wie alle anderen Schülerinnen und Schüler in Deutschland, sie haben jedoch als zusätzliche Qualifikation, als zusätzlichen Vorteil gute Kenntnisse in der französischen Sprache. Auch dies trägt dazu bei, die Zusammenarbeit in der Großregion zu verbessern. Deshalb danke ich dem Kollegen Klaus Kessler ganz herzlich für diese Initiative.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich könnte jetzt noch viele einzelne Projekte durchführen, doch dafür bietet meine Redezeit nicht genug Raum. Dafür haben wir aber den Gipfel am kommenden Montag, um all die Projekte öffentlich darzustellen.

Ich möchte zum Schluss noch einmal das aufgreifen, was einige Kolleginnen und Kollegen hier gesagt haben. Wir brauchen ja in der Großregion das Rad nicht immer neu zu erfinden. Es gibt für sie eine Art Kursbuch, eine Art Kompass: den Santer-Bericht, der vor einigen Jahren unter saarländischer Präsidentschaft erstellt wurde. Ich denke, es wäre jetzt an der Zeit, eine Zwischenbilanz dieses Berichtes zu ziehen, der ja bis in das Jahr 2020 reicht. Wir haben jetzt Anfang 2011 und stehen im Grunde an der Hälfte des Weges: Wir haben die Hälfte des Weges zurückgelegt, und es wäre eine gute Gelegenheit - dafür plädiere ich auch -, als Nächstes einmal Bilanz zu ziehen, zu sehen, welche Projekte wir erfolgreich verwirklicht haben, welche Projekte derzeit unterwegs sind, zum Beispiel die Universität der Großregion, und welche überhaupt noch nicht in Angriff genommen wurden und in Kürze angepackt werden müssen. Die saarländische Landesregierung ist - gemeinsam mit dem Landtag - bereit, Motor in der Großregion nicht nur zu sein, sondern auch in Zukunft zu bleiben. Unsere Zusammenarbeit in der Großregion ist letztlich eine logische Entwicklung und Fortsetzung all dessen, was gegenwärtig in der Welt geschieht: Wir haben weltweit den Trend zur Globalisierung, doch parallel dazu steigt das Bedürfnis der Menschen nach lokaler Verankerung, Verwurzelung und Identität. Ich meine, genau dies bietet unsere Großregion. Sie bietet große Chancen für unser Land. Packen wir sie mutig an! Die Landesregierung ist bereit, alles dafür zu tun.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der SPD-Landtagsfraktion und der Koalitionsfraktionen, Drucksache 14/378 - neu -. Wer für die Annahme der Drucksache 14/378 - neu - ist,

den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann kann ich feststellen, dass der Antrag Drucksache 14/378 - neu - mit den Stimmen aller Abgeordneten und somit einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu den Punkten 5 und 9 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Notwendige Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal ziehen (Drucksache 14/379)

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Saarländische Verbraucherinnen und Verbraucher vor Lebensmittelskandalen schützen - Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal ziehen (Drucksache 14/383)

Zur Begründung des Antrags der SPD-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordneter Isolde Ries das Wort.

Abg. Ries (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Notwendige Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal ziehen“ lautet die Überschrift unseres vorliegenden Antrags. Die Ende letzten Jahres erneut aufgetretenen Probleme bei der Futtermittelproduktion haben uns deutlich gemacht, dass es große Lücken bei der Eigenkontrolle der Betriebe sowie in der Lebens- und Futtermittelüberwachung der Länder gibt. Die Frage nach dem „Weiter so“ muss gestellt werden. Im Kampf um niedrige Preise geht allzu oft die Qualität verloren, meine Damen und Herren, und der Skandal kommt uns ganz teuer zu stehen, vor allem den deutschen Bauern. Sie haben voraussichtlich einen Schaden von 100 Millionen Euro, und gerade ihnen muss unsere größte Sorge gelten, genauso wie den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die total verunsichert sind. Sie sind die Hauptbetroffenen des erneuten Skandals.

Lebensmittel sind Mittel zum Leben, wie es das Wort schon sagt, und müssen sicher sein, auch günstige, billige Lebensmittel müssen sicher sein. Der vorliegende Dioxin-Skandal wirft viele Fragen auf. Herr Minister Weisweiler, wir üben Kritik an Ihrer Informationspolitik. Sie haben im Saarland den Eindruck vermittelt, dass Probeergebnisse und der Abgleich von Lieferlisten zu keinem positiven Ergebnis geführt hätten und das Saarland damit bisher dioxinfrei sei. Fakt ist: Es haben lediglich Buchprüfungen stattgefunden, und man hat Eierchargennummern verglichen. Als wir am 12. Januar 2011 im zuständigen